

## 8 Fazit und Ausblick

Seit ihrer Einführung vor mehr als eineinhalb Jahrzehnten ergänzt die Pflegeversicherung in Deutschland das dicht geknüpfte soziale Netz. Mindestens ebenso alt sind Forderungen, die Nachbesserungen in organisatorischer Hinsicht, aber auch auf Seiten der Leistungen anmahnen. Dass es in den kommenden Jahren und Jahrzehnten zu Veränderungen kommen muss und kommen wird, steht, wie in Kapitel 2 für Deutschland und ausgewählte Länder Europas gezeigt, vor dem Hintergrund der Folgen des demografischen Wandels außer Frage. Der europäische Kontext ist hierbei aus zweierlei Gründen nicht zu vernachlässigen: Zum einen steht die Mehrzahl der entwickelten Industrienationen vor vergleichbaren Problemen und es ergeben sich somit Wechselwirkungen und Konkurrenzsituationen. Zum anderen führt diese Konstellation aber auch dazu, dass ein Blick über die eigenen Landesgrenzen hinweg die Möglichkeit eröffnet, Anregung aus den Erfahrungen der in den betrachteten Ländern implementierten Regelungen zu gewinnen.

Die rasant ansteigende Zahl von Pflegebedürftigkeit Betroffener verdeutlicht die Dringlichkeit, mit der Antworten auf die drängendsten Fragen gefunden werden müssen. Wie in Kapitel 3 deutlich wird, kann die Soziale Pflegeversicherung in derzeitiger Ausgestaltung eine nachhaltige Sicherstellung einer adäquaten Absicherung gegen das Risiko der Pflegebedürftigkeit zu vertretbaren Beitragssätzen zukünftig nicht mehr leisten. Da sich auf Grund der zahlreichen Interdependenzen mit anderen Zweigen der sozialen Sicherung zugleich ein sich verschärfender Mangel an gut ausgebildeten professionellen Pflegefachkräften offenbart, erscheint eine qualitativ hochwertige Pflege im Alter nur mit Hilfe neuer Konzepte sowie einer Aufrechterhaltung der Bereitschaft zur informellen Pflege gewährleistet. Die Frage ist hierbei nicht, wie es gelingt, Angehörige und Bekannte zu einem Mehr an informeller Pflege zu bewegen. Es dreht sich vielmehr darum, wie Menschen, die informelle Pflege zu leisten bereit sind, es aber nicht tun (können), mittels zweckmäßiger Maßnahmen und Anreize zu unterstützen sind. Bislang zu dieser Fragestellung publizierte internationale Vergleiche sind nur bedingt aussagekräftig, da die mit Hilfe quantitativer Methoden gewonnenen Erkenntnisse in der Regel die Heterogenität der informellen Pflege nicht oder nur unzureichend berücksichtigen können.

Schlussfolgerungen und Handlungsempfehlungen aus derartigen Analysen abzuleiten, erscheint nur für wenige Fragestellungen zur informellen Pflege sinnvoll. Neben der Fülle an Detailregelungen stellen bereits die auf nationaler Ebene stark divergierenden Abgrenzungen von Pflegebedürftigkeit und die sich anschließende Frage der Schwere nahezu unüberwindliche Hürden dar. Dementsprechend verbieten sich sowohl eine verallgemeinernde Interpretation der Ergebnisse als auch eine darauf aufbauende Ableitung von Handlungsempfehlungen für einzelne Staaten.

Wenngleich auf theoretischer Ebene in Kapitel 4 von derartigen Gesetzesvorgaben weitgehend abstrahiert werden kann, gilt dies nicht für die empirische Analyse. Da diese explizit aus deutscher Perspektive erfolgt, ist eine, wie in Kapitel 5 vorgenommene, einerseits an den Vorgaben des SBG XI und andererseits an den im SHARE-Datensatz verfügbaren Informationen ausgerichtete Abgrenzung von Pflegebedürftigkeit vonnöten. Die in Kapitel 6 gewonnenen Ergebnisse aus den im Datensatz verfügbaren europäischen Ländern legen den Schluss nahe, dass einerseits eine bedenkenlose Anwendung der SHARE-Daten für viele Fragestellungen zur informellen Pflege, für die der Datensatz dennoch verwendet wird, nicht angeraten ist. Vielmehr würde ein spezieller, auf die Bedürfnisse und den Themenkreis der Pflege zugeschnittener Datensatz benötigt, wobei selbst dieser die Vielzahl der Einzelregelungen kaum zu erfassen vermag und stattdessen eventuell stärker qualitativ ausgerichtete Forschung geboten ist. Andererseits wird deutlich, dass die geleisteten Zahlungen bei der Motivation zur informellen Pflege keine oder nur eine untergeordnete Rolle spielen: Da trotz der zwischen den Ländern deutlich voneinander abweichenden Höhe der finanziellen Zuwendungen der jeweiligen Pflegeabsicherung vergleichbare Ergebnisse erzielt werden, ist von einem davon weitgehend unabhängigen Niveau der Bereitschaft zur informellen Pflege auszugehen.

Dass die Leistung informell Pflegenden dennoch adäquat zu honorieren ist, steht außer Frage. Die ersten Ergebnisse der Reformen seit dem Jahr 2008 zeigen, dass den Betroffenen jedoch andere Ansätze weitaus wichtiger erscheinen und diese somit einen stärkeren Anreiz zur informellen Pflege entfalten. In Übereinstimmung mit den im Rahmen dieser Arbeit gewonnenen Erkenntnissen zeigt sich im Inanspruchnahmeverhalten der von Pflegebedürftigkeit Betroffenen, welches u.a. auch eine Folge des Angebots an informellen Pflegeleistungen ist, dass viele der umgesetzten Maßnahmen erfolgreich sind. Weiteres Potenzial bieten bspw. neue Formen des Zusammenlebens, aber auch der übergreifenden Zusammenarbeit aller an der Erbringung der Pflegeleistung beteiligten Personen und Institutionen, wobei auch hierzu weiterer Forschungsbedarf offenkundig wird.

Es zeichnet sich ab, dass zukünftig insbesondere die Vernetzung und verbesserte Abstimmung informell und formell Pflegender, aber auch die Vereinbarkeit von Beruf und Pflege, wie bereits vor gut einem Jahrzehnt von Seiten der Bundestags-Enquêtekommision „Demographischer Wandel“ gefordert (vgl. Naegele (2002), S. 486), die entscheidenden Stellschrauben sein werden. Der Aufholprozess, der in Deutschland bezüglich dieser Schlüsselstellen eingeleitet wurde, zeigt sich darin, dass inzwischen eine im europaweiten Vergleich quantitativ wie auch qualitativ in der Spitzengruppe liegende Angebotspalette zur Unterstützung informell Pflegender etabliert wurde. Dies steht in Einklang mit den Untersuchungen des EUROFAMCARE-Projekts (vgl. Kofahl et al. (2005), S. 250) und kann als Folge eines neuen Verständnisses der Pflege als gesellschaftlicher Herausforderung gesehen werden. Letztgenannter kann jedoch vielfältig begegnet werden und das Streben nach dem Königsweg zur Reformierung der Pflege in Deutschland wird aller Voraussicht nach in einer Sackgasse münden (vgl. Schneekloth und Wahl (2005), S. 232). Angesichts der Pluralität und Individualität der Betroffenen und der für sie passenden Arrangements, ist vielmehr die Schaffung eines breiten und der Vielfalt gerecht werdenden Angebots das Gebot der Stunde und Ausdruck gelebter Zukunftsorientierung.

